

Positionspapier **NEIN zur Vollgeld-Initiative**

Die Junge BDP Schweiz lehnt die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» ausdrücklich ab. Dies, um die Unabhängigkeit der Nationalbank zu gewährleisten und Finanzdienstleistungen, Hypotheken und Kredite nicht unnötig zu verteuern.



Vollgeld ist die Bezeichnung für ein voll gültiges, gesetzliches Zahlungsmittel. Als Vollgeld zählen ausschliesslich jene Zahlungsmittel, welche von der Nationalbank geschaffen und in Umlauf gebracht werden.

Die Ausgangslage

In der Schweiz sind Banknoten und Münzen unsere gesetzlichen Zahlungsmittel. Diese werden ausschliesslich von der Schweizerischen Nationalbank SNB herausgegeben. 90% der Geldmenge jedoch sind elektronische Geldmittel, sogenanntes Buchgeld, welches von den Geschäftsbanken (UBS etc.) generiert wird, um damit ihre Geschäfte zu finanzieren. Diese Geschäfte umfassen u.a. Kredite, Immobilien und Aktien.



Geschäftsbanken können Geld nicht unbeschränkt oder aus dem Nichts erzeugen. Die Höhe der Geldschöpfung wird beeinflusst durch das Vertrauen in die Banken, die Kreditnachfrage und die gesetzlichen Regulierungen.

Die Vorlage

Der Geldschöpfungsprozess wird grundlegend umgestellt:

- Neu soll die Nationalbank auch das Monopol auf Buchgeld erhalten, nicht nur auf Bargeld wie bisher.
- Geschäftsbanken wird es verboten, Buchgeld zu schöpfen.
- Die Geschäftsbanken könnten zwar weiterhin Kredite vergeben, allerdings nur, wenn diese Kredite durch Einlagen bei der SNB hundertprozentig gedeckt sind
- Geld, welches die SNB nicht an Geschäftsbanken vergibt oder zum Kauf von Devisen verwendet, soll sie Bund, Kantonen und Bürgern gratis zur Verfügung stellen.

Die Initiative will also, dass das elektronische Geld der Geschäftsbanken auch als echtes Geld - sprich Vollgeld - vorhanden sein muss.

Unsere Argumente

Das Versprechen der Initianten, ein stabileres Finanzsystem ohne sogenannte **Bank Runs** zu schaffen, klingt verlockend. Besonders im Rückblick auf die Finanzkrise von 2008. Damals lag das Problem allerdings am fehlenden Vertrauen im Internetbankensystem - Geschäftsbanken wollten sich untereinander kein Geld mehr leihen und gerieten in Liquiditätsnöte – und nicht daran, dass verunsicherte Sparer ihre Einlagen aus Schweizer Banken abzogen. Seither wurden allerdings Bankenregulierungen massiv verschärft, welche mit dieser Initiative wieder abgeschafft werden würden.

Generell würde dieses hochriskante Vorhaben den Schweizer Finanzplatz zum Versuchskaninchen werden lassen und ist daher klar abzulehnen: Kein anderes Land hat sich bisher auf das Vollgeld-Experiment eingelassen. Aus guten Gründen: Die Schweizerische Nationalbank wurde als unabhängige Institution geschaffen; durch die Initiative würde sie zwar mehr Macht erhalten, gleichzeitig aber auch unter massiven politischen Druck geraten.

Mit der Annahme der Initiative müsste die Nationalbank das Geld, das sie in Umlauf bringt, einfach verschenken und zwar an Bund, Kantone und an Privathaushalte. Dabei muss allerdings Folgendes beachtet werden: Die Nationalbank erhöht die Geldmenge nur, wenn das zur Erreichung der Preisstabilität nötig ist. Regelmässige Zahlungen in Milliardenhöhe wecken aber Begehrlichkeiten und setzen damit die Nationalbank unter Druck. Geldgeschenke würden folglich jährlich erwartet. Die Nationalbank wäre nicht mehr in der Lage, eine unabhängige Geldpolitik zu gewährleisten. Zudem muss beachtet werden, dass wenn die Nationalbank neu ihr Geld einfach so verschenkt, dann kann sie diese Massnahme nicht rückgängig machen. Heute besitzt sie einen Gegenwert für das ausgegebene Geld: Devisen, Staatsanleihen und Aktien. Jene kann sie bei Bedarf – wenn sie die Frankenmenge reduzieren muss - wieder abstossen. Bei einer Annahme der Vollgeld-Initiative wäre das Geld einfach weg, verschenkt.

Geschäftsbanken dürften durch die Initiative auch das Geld auf den Konten nicht mehr investieren sowie kein eigenes Buchgeld mehr schaffen. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf KMU und Privatpersonen: Kredite oder Hypotheken würden teurer. Banken wären abhängig von Anlegern und von Darlehen der Nationalbank. Privatpersonen hätten nach Annahme der Initiative zwar den Vorteil, dass ihr Geld künftig auf ihren Vollgeld-Konten sicher wäre (Schon heute gilt der [Einlegerschutz](#) bis 100'000 CHF). Der grosse Nachteil aber wäre, dass die Banken mit dem Geld nicht arbeiten könnten, das heisst, sie könnten das Geld auch nicht vermehren! Das Geld würde nicht mehr verzinst und die Kosten müssten folglich auf die Kunden abgewälzt werden.

Zudem muss beachtet werden, dass insbesondere kleinere Banken, die einen Grossteil der Erträge durch das Zinsdifferenzgeschäft erwirtschaften, vom Kostenanstieg betroffen wären.

Zürich, 23.04.2018

Genehmigt durch den Vorstand der Jungen BDP Schweiz